

Business as usual, das ausschließlich der kapitalistischen Wirtschaftsweise und den technologischen Wissenschaften in der Forschungs- und Innovationspolitik (F&I) folgt, vernachlässigt die Suche nach Strategien, die den großen Herausforderungen wie Klimawandel, soziale Ungleichheit und Ressourcenübernutzung begegnen, die gegenwärtige Gesellschaften realisieren. Die Wissenschaft diene am besten dem Gemeinwohl, wenn sie völlig unbehelligt, nur ihrer Neugierde und ihrem Erkenntnisinteresse verpflichtet sei, oder wenn sie objektiv nach der Wahrheit suche. Diese ideale „republic of science“ (Polany 1962)<sup>1</sup> jedoch ist schon immer ein Wunschtraum. Rund vierzig Prozent der Ausgaben in den Hochschulen werden über Drittmittel finanziert, Tendenz steigend.<sup>2</sup> Staatliche Fördermittel belegen dabei Platz zwei direkt nach den Mitteln der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG-Mitteln).

Welche Interessenvertretungen sind an diesem Verteilungsprozess beteiligt? Wie demokratisch verläuft die Vergabe? Was kann Wissenschaft vor diesem Hintergrund zur Entwicklung einer Postwachstumsgesellschaft jenseits der gängigen Erwartungen und Forderungen beitragen? Welche Strategien können entwickelt werden, um relevante Forschungsthemen zu identifizieren und die nötigen Akteure zusammenzubringen in einem partizipativ gestalteten Prozess?

Das deutsche Forschungs- und Innovationssystem – gemessen am Bruttoinlandsprodukt das größte in der EU – wird zu zwei Drittel aus der Wirtschaft gespeist. Der Forschungsschwerpunkt der Wirtschaft ist die Automobilbranche, der rund 20.000 Mio. Euro im Jahr 2012 (BuFI 2014) zugekommen sind. Dieser Einfluss spiegelt sich allzu deutlich in den Forschungsprogrammen wider: Da die Innovationsstrategien der Wirtschaft ausschließlich auf die Steigerung der ökonomischen Leistungsfähigkeit ausgerichtet sind, muss die Forschung vor allem kurzfristigen Nutzen dienen. Das führt zu einer einseitigen „Mainstream-Forschung“. Das Innovationspotenzial der Wissenschaft wird beschränkt und nachhaltige Strategien werden aus dem Blick verloren bzw. gar nicht gesucht.

Große Forschungsprogramme der Bundesregierung wie die *Hightech-Strategie für Deutschland (HTS)* (11 Mrd. Euro im Haushalt 2014) oder die *Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030* (Laufzeit 2010 bis 2016, Umfang 2,4 Milliarden Euro) prägen die hiesige Forschungslandschaft. Die *Hightech-Strategie* bündelt die

<sup>1</sup> Polany Michael 1962: The Republic of Science. In: Political and Economic Theory. Minerva 1, S.54-73

<sup>2</sup> [http://www.e-fi.de/fileadmin/Innovationsstudien\\_2012/StuDIS\\_17\\_Incher.pdf](http://www.e-fi.de/fileadmin/Innovationsstudien_2012/StuDIS_17_Incher.pdf)

Berlin, den 23. Oktober 2015

Förderstrategien so bedeutender gesellschaftlicher Bereiche wie Energie, Mobilität, Sicherheit, Kommunikation, Ernährung, Ressourcensicherung und demografischer Wandel. Offiziellen Angaben folgend, zielt sie darauf, den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Wohlstand zu fördern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren sowie Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit zu sichern. Die BioÖkonomie-Strategie strebt die Umstellung von der erdölbasierten auf eine biomassebasierte Produktion an.

Die konkreten Forschungsziele werden von Expertenkommissionen wie der *Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft* erarbeitet. In dieser Forschungsunion trafen sich seit Beginn der HTS 2006 einflussreiche Persönlichkeiten aus der Chemie-, Energie- und Automobilindustrie sowie der Luft- und Raumfahrtindustrie. Sie entwarfen Zukunftskonzepte und Forschungsstrategien, die weiterhin dem Leitbild von Wirtschaftswachstum und internationaler Konkurrenzfähigkeit folgen. Das zeigt sich in der Auswahl der Experten und in ihren Veröffentlichungen<sup>3</sup>. Mit der neuen Hightech-Strategie und dem Hightech-Forum im Jahr 2014 schien eine neue Strategie formuliert und installiert worden zu sein. Begriffe wie Wohlstand und Lebensqualität sind in die Konzepte und Statements gestreut. Tatsächlich spricht hier noch immer ein Wachstumsglaube, der nun sich als rücksichtslose Innovationsdynamik aufspielt. Auf jeden Fall bleibt die Idee vom nachhaltigen Wirtschaften, die Grenzen und ein Genug kennt, auf der tagespolitischen Strecke. Im Hightech-Forum finden sich nur wenige Vertreter der Zivilgesellschaft, die nachhaltige Interessen wie Sicherung der Biodiversität, Ressourcenschutz oder Gerechtigkeitsfragen einbringen.

Europa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum zu machen, ist das ausgesprochene Ziel milliardenschwerer Forschungsrahmenprogramme (FRP). Auch hier sind die Forschungs- & Innovationsstrategien sehr eng mit den einflussreichsten europäischen Industrien über sogenannte Technologieplattformen und *Public Privat Partnership* Programme abgestimmt. Im aktuellen Forschungsprogramm Horizon 2020 laufen einzelne sogenannte Public Private Partnerships - wie z.B. der Ausbau der BioÖkonomie – ausschließlich unter der Führung der Industrie. Hier wird überaus deutlich, dass sich das Rahmenprogramm zur Förderung der Wissenschaft vorrangig als Förderprogramm für Innovation (= Wachstum) und Wirtschaft versteht. Ein weiterer wichtiger Akteur ist die Akademie für Innovation – acatech. Die deutsche Akademie für Technikwissenschaften versteht sich als unvoreingenommene Stimme der Politikberatung. Die Mitglieder des Senats rekrutieren sich jedoch ausschließlich aus technologieorientierten Unternehmen und den entsprechenden technologieorientierten Wissenschaftsorganisationen. Die acatech organisiert und moderiert politikrelevante Strategieforen wie den Innovationsdialog im Kanzleramt, das Forschungsforum Energiewende, den ersten BioÖkonomierat

---

<sup>3</sup> Siehe Perspektivpapier der Forschungsunion 2013 oder Abschlussberichte der Promotorengruppen unter [www.forschungsunion.de](http://www.forschungsunion.de)

Berlin, den 23. Oktober 2015

und die Plattform Elektromobilität und ist mit ihrem Präsidenten Prof. Kagermann auch in der Forschungsunion/Hightechforum vertreten.

Die Forschungspolitik wird so dem gesellschaftlichen Anspruch, dem Gemeinwohl zu dienen, unzureichend gerecht. Die Kritik, dass die Forschungspolitik in Deutschland und der EU Partialinteressen folge und undemokratisch sei, wird lauter. In einer pluralistischen Gesellschaft kann nicht nur eine privilegierte Institution bestimmen, was dem Gemeinwohl dient, weil das immer wieder im politischen Alltag ausgehandelt werden muss. Die Aufgabe der Politik besteht darin, diesen Diskurs zu ermöglichen. Vielfältige Akteure sollen ihre Erfahrungen, Interessen und Vorstellungen für eine soziale und ökologische Gestaltung der Gesellschaft einbringen können. De facto werden in der Forschungspolitik jedoch gewinnorientiertes Wirtschaften und eine technologiefixierte Wissenschaft privilegiert und Interessen wie soziale und ökologische Belange marginalisiert und geschwächt.

Dieser kurze Blick auf die Forschungslandschaft macht deutlich, dass Postwachstums-Diskurse, die nach neuen ökonomischen Konzepten und Lebensstilen fragen, in den etablierten Strukturen wenig Resonanz finden. Eine Möglichkeit neue Themen in den Diskurs zu bringen, wäre die frühzeitige Einbindung relevanter zivilgesellschaftlicher Kräfte und der nachhaltigkeitsorientierten Wissenschaften.

Diese Art partizipativer Governance in der Forschungspolitik berücksichtigte die verschiedenen Gestaltungsebenen und ihre Protagonisten. Dazu finden sich bereits Ansätze, die ich im Folgenden nur kurz andeute. Einige Agenda-Prozesse, die die großen Themen für die nächsten Jahre formulieren und kontextuieren, wie die Plattform Zukunftsstadt oder das Forschungsforum Energiewende, fanden in den letzten beiden Jahren mit Beteiligung von Akteuren aus der Zivilgesellschaft statt. Ganz konkret arbeiten Bürgerinnen und Bürger an Forschungsprojekten wie Reallaboren und Wissenschaftsläden vor Ort mit. Es gibt vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung auf der lokalen und regionalen Ebene. Wenn sich Initiativen mit einer Forschungsfrage oder Innovationsidee jedoch nach Fördertöpfen für den Postwachstumsbereich umsehen, wird es schwierig,

Zur Zeit übernehmen vor allem Stiftungen die Finanzierung solcher Projekte. Soziale Innovationen und Bottom-up Ansätze könnten staatliche Förderung erfahren, wenn beteiligungsorientierte Forschungsprojektausgeschrieben würden. In diesem Jahr wurden in den Sozial-Ökologischen Forschungsprogrammen nur wenige Projekte für zukunftsfähige Wirtschaftsideen ausgeschrieben.<sup>4</sup> Hier gab es weitaus mehr Ideen, als

---

<sup>4</sup> <https://www.fona.de/de/17399>

Berlin, den 23. Oktober 2015

die wenigen, die zum Zuge kamen. Wenn sich mehr wachstumskritische Stimmen im etablierten Diskurs zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik beteiligen, könnten diese wie ein Frühwarnsystem bei Fehlentwicklungen und blinden Flecken wirken. Dies gilt es als Chance und nicht als Bedrohung zu begreifen und entsprechend aktiv einzufordern.

Doch sowohl die zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch die Strukturen des F&I Systems sind unzureichend auf die Herausforderung einer partizipativen Governance vorbereitet. Für die Akteure der Zivilgesellschaft ist nicht ersichtlich, welchen Einfluss ihre Beiträge auf die konkrete Umsetzung von F&I Programmen haben. Widerstände im etablierten Wissenschaftsbetrieb, sowie Werte- und Normenkonflikte zwischen Wissenschaft und zivilgesellschaftlicher Praxis erschweren zudem den Diskurs.

Eine gemeinsame Agora, Räume und Formate, die einen Austausch und gemeinsames Lernen von zivilgesellschaftlichen Akteuren und WissenschaftlerInnen ermöglichte, würde das Vertrauen stärken und das gesellschaftliche Wissen im besten Sinne innovativ bereichern. Eine solche Strategie würde dazu beitragen, eine Wissenschafts- und Forschungslandschaft entstehen lassen, die den Postwachstumsideen zur Umsetzung verhelfen würde.